

den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. Gegenstimmen? – Das sind die anwesenden Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Meine Damen und Herren, diese Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken **angenommen**

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe auf:

### **3 Der Bau des E.ON-Kraftwerks in Datteln muss im Interesse der Versorgungssicherheit Nordrhein-Westfalens schnell vollendet werden**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1547

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion dem Abgeordneten Wüst das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Hendrik Wüst** (CDU): Verehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte schließt im Grunde nahtlos an Tagesordnungspunkt 1 an. Das von Bundeskanzlerin Merkel und Bundesumweltminister Norbert Röttgen erarbeitete Moratorium ist der richtige Weg, um in der Energiepolitik in den kommenden Monaten ehrlich und intensiv Schlüsse zu ziehen und zu diskutieren. Entscheidungen werden wohlüberlegt am Ende und sicherlich nicht schon am Anfang zu treffen sein. Gleichwohl ist es jetzt schon möglich, den einen oder anderen grundsätzlichen Schluss zu diskutieren und in die Debatte einzubringen.

Wir haben heute Morgen übereinstimmend festgestellt, dass es in diesem Parlament niemanden gibt, der nicht aus der Kernenergie aussteigen will. Wenn wir alle das tun wollen, dann müssen wir die entstehenden Stromlücken schließen. Spätestens da hört das Wunschkonzert auf. Wer die Frage beantworten will, wie das gehen soll, der muss berücksichtigen, dass Kernenergie unbestritten die CO<sub>2</sub>-emissionsärmste konventionelle Form der Stromerzeugung ist. Auch das war wesentliches Motiv des Energiekonzeptes der Bundesregierung und ist weiterhin Konsens bei vielen europäischen Nachbarn, auch in unserer engsten Nachbarschaft.

Bereits durch das richtige dreimonatige Moratorium wird nach Schätzungen von Experten so viel CO<sub>2</sub> zusätzlich emittiert, wie im ganzen Jahr durch die erneuerbaren Energien eingespart werden kann. Da hoch effiziente und neue konventionelle Kohlekraftwerke fehlen, geht es vermehrt darum, in diesen Tagen alte Meiler, also die sogenannte kalte

Reserve, wieder ans Netz zu nehmen – das, was wir hier und da auch schon mal als Dreckschleudern bezeichnen. Das kann offensichtlich keine langfristige Lösung sein. Wir müssen deshalb festhalten: Ein alleiniger schneller Atomausstieg ohne Alternativen im Kraftwerkspark bringt unsere Emissionsminderungsziele in Windeseile in Gefahr.

Zu den Wahrheiten einer ehrlichen Energiedebatte gehört auch: Ohne Stromspeicher wird es nicht gehen; denn jedes Megawatt konventioneller Erzeugung muss 1:1 abgefangen werden. Die Versorgungssicherheit ist, glaube ich, für uns alle ein unstrittig hohes Gut. Wir benötigen also tel- und langfristig konventionelle Kraftwerke als Beitrag zur Versorgungssicherheit. Neu ist, dass durch den beschleunigten Ausstieg deren Betriebsstunden erhöht werden und es umso wichtiger ist, ihre Emissionen mit modernster Technik möglichst gering zu halten.

Wir sind der festen Überzeugung, dass Nordrhein-Westfalens Beitrag zur Erreichung des Zwei-Grad-Ziels auch in der Modernisierung des konventionellen Kraftwerksparks liegt. Zum einen gehört das Kraftwerkserneuerungsprogramm dazu, das schon 1994 zwischen Rheinbraun und dem Land grundlegend vereinbart worden ist. Die Braunkohleverstromung hat pro Megawattstunde die höchste CO<sub>2</sub>-Emission. Umso wichtiger ist es zum anderen, diese zu senken.

Alle 16 alten 150-MW-Blöcke gehen nach der Vollendung von BoA 2 und 3 endlich vom Netz. Die Landesregierung ist nun allerdings aufgefordert, mit RWE über den Ersatz der elf 300-MW-Blöcke und der sechs 600-MW-Blöcke zu debattieren und dem Landtag dann auch eine Lösung vorzulegen. Die 300-MW-Blöcke haben bereits heute ein Durchschnittsalter von 43 Jahren und erreichen lediglich einen Wirkungsgrad von 33 %. 33 % heißt: ein Drittel mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß als die im Bau befindlichen Blöcke BoA 2 und BoA 3. Auch über CCS müssen wir erneut nachdenken.

Es ist allerdings – leider, sage ich – seit einem Dreivierteljahr neuer Landesregierung mehr als fraglich, ob der Wille und das Durchsetzungsvermögen bestehen, sich von den Ideologien in der Energiepolitik zu lösen und eine sachgerechte Politik zu machen.

(Lachen von Thomas Eiskirch [SPD])

Vielleicht bieten das Moratorium, die neue Lage und – zugegeben – auch der neue Druck die Möglichkeit, neu zu denken. Durch die Rücknahme des Energiekapitels des Landesentwicklungsplans, durch die geplante Änderung des Landesentwicklungsprogrammgesetzes und durch die Debatten über das Klimaschutzgesetz – mehr als Debatten sind dazu ja bisher nicht gelaufen – haben Sie allerdings alles andere getan, als den Weg für die neue Technik in Datteln zu ebnen.

Alle – das habe ich eben auch für uns erklärt – müssen in dieser neuen Lage alte Positionen räumen. Ich habe für meine Fraktion in punkto Windkraft erklärt, dass wir bereit sind, diese Denkpause dazu zu nutzen, neu zu denken. Meine herzliche Bitte, um nicht Einladung zu sagen, ist: Denken auch Sie noch einmal über Datteln, über den Energietrassenbau, über die Position zu Pumpspeicherkraftwerken neu nach! Die kalten Reserven ans Netz zu nehmen, alte Kraftwerke wieder hochzufahren, ist nicht die Lösung, die Sie für richtig halten können. Wir jedenfalls halten sie für falsch.

Ich bin froh, dass wir heute nach Tagesordnungspunkt 1 noch einen zweiten Aufschlag haben. Vielleicht kann mir der Kollege Eiskirch bei der Interpretation eines Satzes helfen: Ich habe eben den Halbsatz vernommen, dass sich auch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen bei ihrer Energiepolitik im Rahmen des Atomkonsenses bewegt hat. Den wollen wir jetzt alle neu denken. Sie möchten uns heute schon erklären, dass Sie das alles so nicht mehr wollen. Das heißt also, dass auch dieser Teil des Hauses mit den alten Antworten nicht mehr klarkommen kann, weil am Ende diese Voraussetzung des Energiekonzeptes der Bundesregierung mehr oder weniger deutlich fallen wird.

Also wäre ich froh und dankbar über den einen oder anderen Hinweis, ob es ein neues Denken in Sachen Datteln und anderer Teile des Kraftwerkserneuerungsprogramms gibt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Eiskirch das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Thomas Eiskirch (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Beim Thema „Anträge der CDU zu Datteln“ fällt mir ein: Täglich grüßt das Murmeltier! Ich weiß nicht, die wievielte Situation es bereits ist, in der Sie versuchen, das Thema „Datteln“ zu mobilisieren. Das finde ich sehr mutig, weil Sie damit jedes Mal aufdecken, welche Fehler Sie begangen haben. Dazu komme ich gleich noch einmal.

Ich habe mich gefragt: Wieso ist das eigentlich so? – Man könnte den Eindruck gewinnen, Sie hätten durchgezählt, wie viele Verfahrensfehler vonseiten der alten schwarz-gelben Landesregierung gemacht wurden, die dazu geführt haben, dass Datteln vor dem Oberverwaltungsgericht gescheitert ist. Sie glauben vielleicht, jeder Antrag hier heilt einen dieser Verfahrensfehler. Dann haben wir noch rund 15 Anträge vor uns, dann müsste alles klappen. – Aber das Motto „Drei Ecken, ein Elfer“ gilt bei diesem Thema nicht, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich verstehe es wirklich nicht. Für diejenigen, die im Thema nicht ganz ausführlich drin sind, noch einmal in aller Kürze: Wir reden nicht darüber, ob man Datteln will oder nicht. Wir reden darüber, ob man Datteln noch machen kann oder nicht. Diese Frage hat das Oberverwaltungsgericht gestellt, weil Sie die Situation versaubeutelt haben. Es gibt kein Planungsverfahren in Nordrhein-Westfalen, das – geprägt durch das Handeln der alten Landesregierung – so fehlerbehaftet ist wie dieses Verfahren. Jetzt stellen Sie sich hierhin und sagen, wir würden dafür nicht alles tun. Wir sind diejenigen, die sich sehr große Mühe geben, in einem geordneten Verfahren überhaupt zu erkunden, ob es rechtlich gesehen eine zweite Chance geben kann. Das tun wir an einer Stelle und auf einer Basis, die ich hier mehrmals benannt habe, bei der Sie aber jedes Mal erneut unterstellen, das wäre nicht so.

Ich kann für die SPD sagen: Wir wollen Datteln 4, wissen aber nicht, ob das klappen kann. Wenn das nicht klappen kann, liegt das bei Ihnen, nicht bei uns, weil es einen Abwägungsausfall gibt. Es geht zum Beispiel um die Frage, ob man an einer Stelle, wo ein Kraftwerksneubau zulässig ist, einfach ein Kraftwerk erweitern kann. So etwas darf kein Häuslebauer. Aber so einen Mist haben Sie zugelassen. Das ist Ihre Verantwortung, nicht unsere. Lassen Sie diese Verschieberei von Verantwortung! Stellen Sie sich den Problemen konkret, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der Kollege Wüst hat deutlich gemacht, dass er Datteln eigentlich nur als Aufhänger benutzt hat. Er hat Themen aufgegriffen und uns aufgefordert, uns zu äußern, ob wir das anders sehen. Zu Datteln habe ich gerade etwas gesagt.

Zum Thema „Netzausbau“ habe ich vor einer guten Stunde etwas gesagt: Natürlich ist es notwendig, dass wir mehr erneuerbare Energien an anderen Orten haben. Das bedeutet mehr Übertragungskapazitäten, damit wir das vernünftig nutzen können. Wir kennen alle die Widerstände. Natürlich besteht unsere gemeinsame Verantwortung darin, dafür Sorge zu tragen, dass erneuerbare Energien nicht nur produziert, sondern auch genutzt werden können. An der Stelle gibt es doch überhaupt keine Frage. Tun Sie doch nicht so, als sei das etwas Neues!

Dann nehmen Sie das Thema „Pumpspeicherkraftwerke“! Wo soll an der Stelle ein Problem sein? Ich habe den Kollegen Priggen gerade gefragt. Der hat gesagt: Nein, damit haben wir kein Problem. – Ich weiß nicht, was für einen Popanz Sie aufbauen, um immer wieder Themen hochzuziehen, die augenscheinlich Ihre eigene Problemlage verdecken soll, Kolleginnen und Kollegen.

Ihnen ist das Energiekonzept der Bundesregierung um die Ohren geflogen, und es wird finanzpolitisch

ein Bumerang, weil durch die Laufzeitverlängerung Schadenersatzklagen auf uns zukommen. Sie haben keine Konzeption, wie es weitergehen soll. Sie trällern „Datteln“ wie das Pfeifen im Walde vor sich her.

Kollege Wüst, konkret zu dem Punkt „Braunkohle-tagebau respektive Verstromung“: Wir haben alte, wirkungsgradschwache Meiler, die abgeschaltet gehören, und wirkungsgradstarke, die neu hinzugekommen sind oder noch neu hinzukommen. Auch dort gibt es keinen Dissens. Ich würde Sie aber bitten, den Blick etwas weiter zu fassen, nicht nur ein Dreivierteljahr zurück. In einem Kompromiss hat RWE neue wirkungsgradstarke Kraftwerke an den Start gebracht und muss dafür die alten Dreck-schleudern abschalten, statt sie abgeschrieben weiter laufen zu lassen, um noch den letzten Euro herauszuholen. Diese Verabredung hätte zu Zeiten von Frau Thoben als Wirtschaftsministerin umgesetzt werden müssen. Die hat immer Gespräche angekündigt, bei denen nichts, aber auch gar nichts herausgekommen ist. Ich verstehe wirklich nicht, welchen Popanz Sie hier heute die ganze Zeit aufbauen.

Diesmal liegt uns nur ein Antrag der CDU vor. Die FDP war so weise, das Thema nicht gleich wieder für sich selbst in dieser Form mittragen zu wollen. Sie schreiben ganz richtige Sachen: sofortiger und frühzeitiger Ausstieg aus der Kernenergie. Ja zur Erneuerung des Kraftwerkparcs. Ja zur Fortsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms. Datteln ist dafür nur ein völlige untaugliches Beispiel, weil es bei Datteln nicht darum geht, Bedingungen zu schaffen, dass etwas klappen kann, sondern dafür Sorge zu tragen, dass die Bedingungen, die da waren und die Sie versauert haben, sodass es nicht gehen durfte, wieder geradezubiegen. Das muss so geschehen, dass man dabei nicht Recht biegt. Das Gericht hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass Sie einen Interessensausfall, also noch nicht einmal eine schlechte Abwägung, produziert haben. Das ist ein wirklich schlechtes Beispiel, um ernsthaft über die Frage des Kraftwerkserneuerungsprogramms zu sprechen.

Ja, noch einmal: Der Netzausbau ist notwendig. Zu den planerischen Maßnahmen habe ich gerade deutlich etwas gesagt.

Ganz verschämt kommt am Ende das Thema „Klimaschutzgesetz“. Dazu will ich Ihnen – das machen wir öffentlich – sagen: Das Klimaschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen und der Klimaschutzplan, den wir – im Gegensatz zu Ihrer Zeit, als Sie mit hohen Zielen und keinen Maßnahmen gearbeitet haben – mit deutlich realistischeren Zielen und konkreten Maßnahmen unterlegt haben, wird ein richtiges Industrieunterstützungsgesetz für Nordrhein-Westfalen, um die Chancen des industriellen Wandels auch im Zuge der klimatischen Veränderungen für Nordrhein-Westfalen zu nutzen. Da steckt eine

Menge neuer Technologie drin, und die werden wir nach vorne bringen. – Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Brems das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Wibke Brems (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der heutigen Aktuellen Stunde haben wir uns schon mit den Herausforderungen beschäftigt, denen wir durch die Entscheidung auf Bundesebene gegenüberstehen.

Leider kennen Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, wie als Reflex nur eine einzige Antwort: Datteln. Sie haben einen Tunnelblick auf dieses eine Kraftwerk mit seinen selbstverschuldeten Problemen entwickelt und bemerken gar nicht, dass in Nordrhein-Westfalen längst ohne solche Probleme Kraftwerke erfolgreich gebaut werden.

Alleine die Kohlekraftwerke in Hamm, Duisburg, Lünen und Neurath sind zurzeit im Bau und werden voraussichtlich zwischen 2011 und 2013 ans Netz gehen.

An fünf weiteren Standorten werden zurzeit Gas-kraftwerke geplant und gebaut. Da ist es schon erstaunlich, dass Sie diese Kraftwerke bei Ihren Ausführungen immer wieder vergessen. Meine Damen und Herren, die Sicherheit der nordrhein-westfälischen und deutschen Stromversorgung entscheidet sich nun wirklich nicht an diesem einen, von Ihnen so oft angeführten Kraftwerk. Auch die ständige Wiederholung dieses Themas ändert an dieser Tatsache nichts, aber auch rein gar nichts.

Die Doppelzüngigkeit Ihrer Argumentation zeigt sich an einem weiteren Punkt. Eigentlich sollten doch gerade Sie sich über diesen Baustopp freuen. Sind Sie es nicht, die bei Windkraftanlagen einen pauschalen Abstand von 1.500 m zur Wohnbebauung fordern? Ich verstehe nicht ganz, wie Sie dann mit einem Kraftwerk einverstanden sein können, dass in einem Abstand von 300 bis 400 m zur nächsten Wohnbebauung entsteht. Und nicht nur das: Sie wollten sogar das Recht verbiegen, damit das Kraftwerk zu Ende gebaut werden kann.

In Ihrem Antrag zweifeln Sie jetzt also die Versorgungssicherheit an. Deswegen möchte ich noch einmal darauf eingehen.

Das Ziel der Bundesregierung für das Jahr 2050 ist eine CO<sub>2</sub>-Einsparung von 80 bis 95 % im Vergleich zum Basisjahr 1990. Wenn wir davon ausgehen, dass Landwirtschaft und Industrie auch in Zukunft nicht vermeidbare Immissionen haben werden, dann bedeutet das, dass wir bis 2050 in Deutsch-

land die Stromversorgung, die Wärmeversorgung und den Verkehr komplett ohne CO<sub>2</sub>-Immissionen hinbekommen müssen. Und dafür müssen wir die erneuerbaren Energien noch schneller ausbauen, als es von der Bundesregierung bereits geplant ist.

Das erfordert aber auch neue Denkweisen; denn die alten Kategorien, von denen Sie auch in Ihrem Antrag reden – wie Grundlast, Mittellast und Spitzenlast –, werden schon in wenigen Jahren komplett überholt sein. Ich erkläre gerne, warum.

Schauen wir uns nur die Ausbauziele der Bundesregierung in Bezug auf die erneuerbaren Energien für das Jahr 2020 an. Die Mitarbeiter der Deutschen Umwelthilfe und des Fraunhofer Instituts haben sich zusammengesetzt und errechnet, was das für die Stromversorgung im Jahr 2020 bedeutet. Wir sehen, dass an vielen Tagen im Jahr die Stromversorgung zu nahezu 100 % oder mehr über die erneuerbaren Energien erfolgen wird. Daran zeigt sich, dass sich träge Kraftwerke nicht mit den erneuerbaren Energien vertragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ich bin ansonsten wirklich keine Freundin belehrender Vorträge. Aber an dieser Stelle muss ich noch einmal einiges erklären. Wenn Sie immer wieder gebetsmühlenartig die Mär von der Notwendigkeit neuer großer Kohlekraftwerke erzählen, sträuben sich mir als Elektrotechnikingenieurin regelmäßig die Haare. Wie Sie vielleicht wissen, haben die erneuerbaren Energien Vorrang vor jeder anderen Energieform, was dazu führt – das haben Sie bisher auch nicht angezweifelt –, dass Kohlekraftwerke auch jetzt schon häufig heruntergefahren werden müssen. Das aber geht nicht schnell und flexibel genug.

Was wir für die Energiesicherheit wirklich brauchen, sind flexible Kraftwerke, die je nach Bedarf ohne Probleme und ohne Aufwand hoch- und heruntergefahren werden können. Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung sind zum einen wesentlich effizienter, zum anderen flexibel steuerbar und somit für den Übergang eine gute Ergänzung zur Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien. Genau deshalb werden hier in Nordrhein-Westfalen auch so viele gebaut.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, haben immer davon gesprochen, dass Sie die Kraft-Wärme-Kopplung fördern wollen. Der Unterschied zwischen der alten und der aktuellen Landesregierung ist aber der, dass Letztere die Kraft-Wärme-Kopplung in Nordrhein-Westfalen wirklich fördert und das große ungenutzte Potenzial sowohl in der Industrie – wie in Leverkusen und in Hürth – als auch bei den Stadtwerken vor Ort hebt.

Ich möchte das gerne noch einmal erläutern. Wenn die alte Denkweise von Grund- und Spitzenlast nicht mehr passt, bedeutet das nicht, dass in Deutsch-

land oder Nordrhein-Westfalen die Lichter ausgehen, sondern dass wir neue Wege gehen müssen.

An Lösungen arbeiten meine Ingenieurkolleginnen und -kollegen in den Fachhochschulen, den Universitäten und der Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen doch mit Feuereifer. Erneuerbare Energien können Systemdienstleistungen zur Stabilität des Netzes erbringen. Daran wird gearbeitet. Es wird daran gearbeitet, intelligente Netze zum Ausgleich vor Ort zu schaffen, um den Netzausbau so gering wie möglich zu halten. Trotzdem wird der Netzausbau notwendig sein. Wir brauchen effiziente Speichermöglichkeiten, keine Frage. Gleichzeitig müssen wir aber auch daran arbeiten, den Energiebedarf zu senken. Das ist wirtschaftlich, das spart Ressourcen. Bei der energetischen Gebäudesanierung beispielsweise müssen wir noch richtig viel tun.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns die Potenziale bei der Energieeffizienz, der Energieeinsparung und beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Verbindung mit den Stromnetzen und der Kraft-Wärme-Kopplung gemeinsam ausschöpfen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben die Wirtschaft und die Investoren, wir haben die Kenntnisse und die Fachleute, und wir haben die Industrie und die Technologie.

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur ein Standort für weltweit anerkannte Hersteller von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien, sondern auch für die chemische Industrie, die genau jene Dämmstoffe und Materialien produziert, die für die energetische Gebäudesanierung verwendet werden. Als Wirtschafts- und Industriestandort hat Nordrhein-Westfalen jetzt die Möglichkeiten, die Energieversorgung und auch den Energiebedarf von Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland entscheidend mitzugestalten.

Sie sollten jetzt wirklich aufhören, sich auf die Seite der Verhinderer zu schlagen. Stattdessen sollten Sie die Zeichen der Zeit erkennen. Wir sollten uns jetzt gemeinsam für einen deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen. Denn seien wir doch einmal ehrlich: Ob das Kraftwerk in Datteln gebaut wird oder nicht, daran wird die Energiefrage in Deutschland nicht entschieden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Brockes das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dietmar Brockes (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Lage in der Energiepolitik hat sich in den letzten Wochen grundsätzlich verändert. Es wird zu erheblichen Veränderungen in der Bundesrepublik kommen. Das war auch vorher

schon klar. Aber ich denke, aufgrund der Ereignisse in Japan wird das alles noch viel schneller gehen und auch gehen müssen.

Diese Veränderungen haben natürlich auch erhebliche Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen als Energieland Nummer eins. Es muss daher für uns völlig klar sein, dass alle, die Verantwortung tragen, über Veränderungen nachdenken müssen. Es muss alles auf den Tisch, und es muss auch alles neu überdacht werden.

Für die FDP kann ich sagen, dass wir unsere Position gerade anpassen – in einer Situation, die vor einem Monat so noch nicht relevant war.

Meine Damen und Herren, wir erwarten aber, dass auch die Koalition in diesem Hause ihre Position jetzt überprüft und darüber nachdenkt, welche Maßnahmen für eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung zu ergreifen sind. Bislang sehe ich da nämlich keine Bewegung. Man verharrt in alten Maximalpositionen, die von der Realität längst überholt sind.

Ein gutes Beispiel ist der Umgang mit dem Kraftwerk in Datteln. Die Landesregierung hat keinerlei Plan, was mit dem Kraftwerk in Datteln passieren soll. Die Grünen versuchen in Geheimrunden, dieses Kraftwerk zu stoppen. Die SPD schaut hilflos zu. Es werden weitere Gutachten eingeholt, um Zeit zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, Fakt ist, dass der Strom nicht aus der Steckdose kommt. Wenn man schneller aus der Kernenergie aussteigen will, so wird das zwangsläufig zur Folge haben, dass Kohlekraftwerke wieder rentabler werden. Vor allem aber werden sie aus Gründen der Versorgungssicherheit unbedingt gebraucht, und zwar noch einige Zeit.

Angesichts dieser Grundannahmen muss doch klar sein, dass wir in Deutschland die saubersten und modernsten Kohlekraftwerke der Welt brauchen. Auch über die CCS-Technik muss daher meines Erachtens neu nachgedacht werden. Es ist jedenfalls klar, dass wir das Kraftwerk Datteln 4, das drei alte Blöcke vor Ort ersetzen wird und 30 % weniger CO<sub>2</sub> ausstößt, unbedingt brauchen. Deshalb ist dieses wie andere neue Kraftwerke ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Man kann nicht so tun, als ob sie so nicht mehr gebraucht würden.

Meine Damen und Herren, wer Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke ersetzen will, der will fast 75 % des deutschen Stroms einfach so ersetzen. Das geht eben nicht nur mit Erneuerbaren von heute auf morgen.

Wir sind hier auf einem Weg, ein großes Experiment zu machen. Das sollte jedem klar sein. Aber auch den Klimaschutz und die Ziele, die wir gesetzt haben, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Deshalb, glaube ich, hat die CDU mit ihrem Antrag heute recht. Die Landesregierung muss endlich da-

für sorgen, dass Datteln 4 eine Zukunft hat. Eine Landesregierung, die sich hinter Gerichtsurteilen versteckt und so tut, als habe sie mit dem Bau dieses Kraftwerks nichts am Hut, verfehlt – ehrlich gesagt – ihre Aufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Die Linke der Abgeordnete Aggelidis das Wort. Bitte schön, Herr Aggelidis.

**Michael Aggelidis (LINKE):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der bemerkenswerte Antrag der CDU-Fraktion zum Bau des E.ON-Kraftwerks Datteln erinnert ein bisschen an Cato im alten Rom, der eine ganze Zeit lang immer wieder gesagt hatte: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam. – Das bedeutet: Im Übrigen stelle ich den Antrag, Karthago müsse zerstört werden. – Ich hoffe, Sie lassen es mir einmal durchgehen, ein lateinisches Gerundivum im Deutschen mithilfe eines Modalverbes und einer Passivkonstruktion wiederzugeben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Offenbar gestützt auf die historische Erfahrung, dass Karthago schließlich tatsächlich von römischen Legionen zerstört wurde, fordert die CDU hier im Landtag immer wieder – manchmal im Duett mit der FDP –: Im Übrigen muss das Kohlekraftwerk Datteln 4 fertig gebaut werden.

Aber es ist ja zwischen dem vorherigen und dem heutigen Antrag tatsächlich etwas passiert: Nicht Hannibal mit seiner Elefantenherde ist über uns hereingebrochen, sondern die atomare Katastrophe von Fukushima. Man weint den Strahlenschleudern nach, obwohl die noch gar nicht weg sind, und will sie durch Dreckschleudern ersetzen.

Das ist jetzt kein Scherz, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die CDU-Fraktion schreibt tatsächlich wörtlich – ich zitiere –:

„Die dramatischen Ereignisse im japanischen Kraftwerkspark Fukushima erfordern auch auf Landesebene ein Überdenken bisheriger energiepolitischer Positionen.“

Das sollte man meinen, meine sehr verehrten Damen und Herren! – In welche Richtung überdenkt die CDU-Fraktion ihre energiepolitischen Positionen? Mit Volldampf zu erneuerbaren Energien? – Bewahre! Ich zitiere weiter aus dem Antragstext:

„Durch die temporäre Abschaltung der sieben ältesten Kernkraftwerke und eine umfassende ergebnisoffene Sicherheitsüberprüfung aller Kernkraftwerke in Deutschland kommt es auf absehbare Zeit zu einer deutlichen Absenkung der zur Grundlastsicherung notwendigen Kraftwerkskapazitäten.“

Mit diesem Argument will die CDU den Bau einer CO<sub>2</sub>-Dreckschleuder durchsetzen.

Natürlich ist der Wirkungsgrad eines modernen Kohlekraftwerks besser als der eines veralteten. Das ist banal. Aber zu sagen, wie es im CDU-Antrag heißt, der Bau eines Kohlekraftwerks sei ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz, das ist schon Zynismus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Wie ernst es der CDU mit dem Klimaschutz ist, zeigt dann die eigentliche Beschlussvorlage. Ihr dritter Punkt lautet wörtlich:

„Der Landtag erwartet von der Landesregierung, auf die geplante Vorlage eines landesgesetzlichen Klimaschutzgesetzes zu verzichten.“

Auch das ist in Ihren Augen wohl ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU.

Mit solchen Hanswurstdiaden erreichen Sie nur eines, meine Damen und Herren von der Union, nämlich die Beschleunigung Ihres wahlpolitischen freien Falls. Da können Sie Gift oder meinetwegen eine Prise Plutonium drauf nehmen.

(Beifall von der LINKEN)

Sie gehen so weit, die Landesregierung aufzufordern, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Vollendung des Kohlekraftwerks Datteln 4 schnellstmöglich erreichen zu können. Alle notwendigen Maßnahmen – das ist ein Aufbruch zum Rechtsbruch, meine Damen und Herren von der CDU. Das charakterisiert Ihr Rechtsbewusstsein. Sie verstoßen nicht nur systematisch gegen die Landesverfassung, insbesondere gegen Art. 27; Sie wollen sich auch über die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster hinwegsetzen, mit der im September 2009 die Baugenehmigung aus guten Gründen aufgehoben worden ist. So viel zu Ihrem Rechtsstaatsverständnis! – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Aggelidis. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Rimmel das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Begriffe sind schon gefallen. Täglich grüßt das Marmeladebrot. Aber ich finde es noch viel schlimmer. Es ist so eine Art Pawlow'scher Reflex, dass bei allen energiepolitischen Fragen irgendwann das Wort „Datteln“ fällt. Das ist ein bisschen kleine Münze bezogen auf die Problemlage, die vor uns liegt. Wir müssen es nämlich tatsächlich schaffen – eben hatten wir eine Debatte, bei der ich

den Eindruck hatte, dass es bei der Opposition auch eine Bereitschaft gibt, daran mitzuwirken –, einen Umstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren noch schneller hinzubekommen. Das ist die Aufgabe, die vor uns liegt.

Das auf die Frage zu reduzieren, ob ein Kraftwerk, das höchststrichlerlich beschieden worden ist, realisiert werden kann oder nicht, das ist entschieden zu kurz gegriffen.

Die Position der Landesregierung ist mehrfach dargestellt worden. Ich will das gerne wiederholen: Weder bauen wir Kraftwerke noch reißen wir Kraftwerke ab.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie müssen doch sagen, ob Sie politisch welche wollen oder nicht! Meine Herren!)

Zum Zweiten ist auch klar, dass – so die Verabredung – auf der Grundlage des Rechtes zum Zeitpunkt der Antragstellung erneute Anträge beschieden werden müssen.

Zum Dritten ist die Realisierung von Datteln keine Frage des politischen Wollens – in beiderlei Richtungen –, sondern eine Frage des rechtlichen Könnens. Da laufen die entsprechenden Arbeiten.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wer nicht will, der kann auch nicht!)

– Herr Brockes, Sie wollen mit dieser Debatte – wie Sie es schon mehrfach versucht haben – offensichtlich von Ihren eigenen Fehlern ablenken. Sie haben nämlich damals versucht, Datteln auf der Grundlage des politischen Wollens zu realisieren. Jetzt erleben wir Tag für Tag das Desaster, das die Folge war – und zwar nicht nur bei Datteln.

Sie wollen mit Ihrem Antrag von noch viel mehr ablenken, nämlich auch davon, dass wir auf dem Weg hin zu den Erneuerbaren fünf Jahre verloren haben. Allein bei der Windenergie haben wir gegenüber anderen Bundesländern fünf Jahre verloren; wir haben im Zuwachs deutlich verloren. Die Statistiken, die in diesem Zusammenhang gemacht werden, zeigen das sehr deutlich. Andere Bundesländer haben uns überholt, und zwar aus einem ganz bestimmten Grund: weil wir die Höhe beschränkt haben. Andere Bundesländer sind deshalb hinsichtlich der Kapazität an uns vorbeigezogen.

Die Liste der Versäumnisse ist aber noch sehr viel länger. Und das ist das, was Sie verdecken wollen. Wir wären schon weiter, wenn Sie seinerzeit, als es um Pilotprojekte zum Netzausbau ging, ebenfalls „Hier!“ gerufen hätten. Sie haben das aber schlichtweg versäumt. Andere Bundesländer profitieren von den Pilotprojekten für eine Erdkabelverlegung. In Nordrhein-Westfalen findet das nur an einer Stelle statt – weil Sie während Ihrer Regierungszeit offensichtlich kein Interesse daran hatten, entsprechende Anmeldungen bei der Bundesregierung zu machen.

Wir sind nicht weitergekommen bei der Realisierung von Smart Grids, Smart Metering, Smart Home, weil wir in der Bundesrepublik im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern keine ordentliche Rechtsetzung haben. Wir sind deutlich zurückgeblieben. Da liegen die Versäumnisse bei einem konsequenten Netzausbau, der auf Erneuerbare und intelligente Netze setzt.

Dann kommen Sie wieder mit dem Stichwort „CCS“. Das müssen Sie bitte schön an anderer Stelle diskutieren. Es sind doch Ihre Landesregierungen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die ein CCS-Gesetz verhindern, und zwar aus dem gutem Grund, dass sie nicht über die Köpfe der Menschen in den Regionen hinweg bestimmen wollen, dass dort etwas verpresst wird, was andere produziert haben. Führen Sie diese Diskussion deshalb an anderer Stelle. Belästigen Sie nicht den Landtag von Nordrhein-Westfalen, wenn Sie die Probleme nicht einmal in Ihrem eigenen Laden klären können.

Auch bei dem Bau von Pumpspeicherkraftwerken gibt es Versäumnisse.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wir waren schon dran!)

– Aber Sie haben in diesem Zusammenhang nichts geleistet. Es liegen uns keinerlei Untersuchungen vor, die zeigen, wo wir Pumpspeicherkraftwerke in Nordrhein-Westfalen bauen können.

Wir gehen die Sache jetzt systematisch an und werden alle Möglichkeiten nutzen, beispielsweise Talsperren, die nicht mehr für die Trinkwasserversorgung gebraucht werden; teilweise ist der Bau auch auf alten Halden oder vielleicht auch in Kavernen möglich. All das wird von uns jetzt systematisch untersucht werden. Das ist der Auftrag, den wir haben.

Der entscheidende Scheitelpunkt – Frau Brems hat das dargestellt – wird 2020 sein. Die Bundesregierung selbst geht davon aus, dass der Anteil der Erneuerbaren im Netz bis dahin auf 40 % steigen wird. Wenn man das ernst nimmt, dann wird es Tage, Wochen und Monate geben, in denen wir fast 100 % Erneuerbare haben. Wer hätte das gedacht?

Herr Brockes, auch Sie haben heute wieder gesagt, dass die Umstellung auf Erneuerbare nicht von heute auf morgen möglich ist. Wir werden im Jahr 2020 fast 40 % Erneuerbare im Netz haben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aber keine 75 %!)

Aber wir brauchen dann, Herr Brockes – und darauf geben Sie keine Antwort –, auch eine entsprechende Kraftwerksstruktur. Es sei denn – und das ist der Verdacht –, dass Sie den gesetzlich vorgeschriebenen Vorrang der Erneuerbaren infrage stellen. Stehen Sie zum gesetzlichen Vorrang der Erneuerbaren oder nicht? Wir brauchen 2020 einen Kraftwerkspark, der genau diesem Vorrang angemessen ist.

(Dietmar Brockes [FDP]: Also wollen Sie Datteln nicht?)

Wer nicht bereit ist, in diesen zu investieren, der verhindert Zukunftswertschöpfung für den Standort und der verhindert, dass die Investitionen hier in Nordrhein-Westfalen getätigt werden.

(Dietmar Brockes [FDP]: Sagen Sie doch mal was zu Datteln!)

Genau das wollen wir aber als Landesregierung. Deshalb müssen wir uns so darüber streiten.

Die Investitionen müssen in Nordrhein-Westfalen getätigt werden, und zwar von den dezentralen Stadtwerken, von den Kommunen und von den Unternehmen. Diese Investitionen finden derzeit tatsächlich statt. Gerade energieintensive Industrien investieren in hocheffiziente Anlagen mit Kraft-Wärme-Koppelung. Das sind Zukunftsinvestitionen, die jetzt stattfinden.

Wenn wir die Nah- und Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr hinkommen, werden wir ein neues Rückgrat dieser hocheffizienten Kraftwerkstechnologie in Nordrhein-Westfalen haben.

Deshalb müssen wir uns hier aufmachen. Das sind die technologischen Sprünge, die wir für Nordrhein-Westfalen brauchen. Wir müssen die neuen Entwicklungen, die stattfinden, nur befördern.

Es geht darum, eine politische Leitentscheidung zu treffen. Herr Lienenkämper, beim Vorwurf „Klimataleiban“ kann ich es mir einfach machen: Es gibt das Ziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 25 % reduzieren. Sie proklamieren 33 %. Herr Röttgen proklamiert im Namen der Bundesregierung 40 %. Damit müsste er ja Osama bin Laden sein. – Lassen Sie uns also nicht auf diesem Niveau miteinander diskutieren.

Es geht um eine politische Leitentscheidung. Die Frage ist, ob Sie bei dieser Leitentscheidung, den Klimaschutz zum industriellen Treiber für unsere Entwicklung hier in Nordrhein-Westfalen zu machen, dabei sind. Die Landesregierung ist davon überzeugt, dass darin große Chancen für den Standort, für unsere industrielle Zukunft, für Arbeitsplätze und für den Klimaschutz liegen. Ich hoffe, Sie unterstützen uns dabei. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Hovenjürgen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Eiskirch hat gesagt: „Und täglich grüßt das Murmeltier.“ Das Problem bleibt uns in der Tat erhalten, weil wir die Lösungen nicht vorantreiben. Jeder von uns weiß,

dass es dieses Urteil gegeben hat. Jeder ist sich aber auch im Klaren darüber, dass das Urteil klare Hinweise gegeben hat, auf die man reagieren und unter deren Berücksichtigung man nach Lösungen suchen kann. Diese müssen auch politisch gewollt sein.

Lieber Kollege Remmel, das ist auch ein Hinweis an Sie. Wenn Sie eben sagten, es habe eine Reduzierung unter der alten Landesregierung gegeben, was die Zuwachsraten bei der Windenergie betreffe, dann sei mir der Hinweis gestattet, dass das nicht unbedingt etwas mit den Maßnahmen der alten Landesregierung zu tun hat, sondern mit der Realität der heutigen Windkrafttechnik.

Die Dimension der Anlagen erfordert eine viel größere Abstimmung vor Ort. Das heißt, ich komme nicht mehr mit einem Grundstück aus, sondern ich brauche Baulasten auf Nachbargrundstücken usw. Da gibt es natürlich gegensteuernde Interessen. Der eine möchte das auf seinem Grundstück haben, um den Ertrag zu ziehen, der andere lieber auf seinem Grundstück und sich nicht mit der Baulast zufriedengeben. Es gibt natürlich auch erkläre Umstände, die dazu beitragen, dass sich die Zuwachsraten durchaus reduziert haben, und es liegt an der Dimension der Anlagen. Darüber, welche Lösungen wir da finden können, damit wir an der Stelle weiterkommen, können wir uns übrigens nächste Woche in der Anhörung noch intensiv austauschen.

Zum täglichen Grüßen des Murmeltiers gehört auch: Es bleibt wahr, dass der Standort in Datteln – die Geburtsurkunde belegt das – die Unterschrift von Rot-Grün trägt. Es sind Herr Horstmann, Herr Vesper, Frau Höhn gewesen, die den Standort ermöglicht haben. Es ist unter dem Stichwort „Ersatzbau“ deklariert worden. Das ist vom Gericht verworfen worden.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Es ist eine Erweiterung! Das wissen Sie doch viel besser!)

Allerdings ist jedem hier im Hause klar, dass ein Ersatzbau nicht getätigt werden kann, wenn der Betrieb des alten Baus noch fort dauert. Beim Standort Datteln werden wir uns auch noch darüber unterhalten müssen, wie es an diesem Standort eigentlich weitergeht. Ist es möglich – was die Betreiber dort vorhaben –, die Stilllegungsankündigung zurückzunehmen? Wir brauchen dort nämlich den Bahnstrom, wir brauchen dort die Nahwärme. Wenn Datteln 4 nicht kommt bzw. noch nicht kommt, müssen Datteln 1, 2 und 3 weiterbetrieben werden, sonst wäre das ein finanzielles Fiasko für die Stadt, weil ihr dann auch Gewerbesteuererinnahmen wegbrächen.

Es bleibt dabei – da widerspreche ich auch den Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei ganz energisch –:

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die hat Sie doch gerade gelobt!)

Neue, effizientere Kraftwerke leisten ihren Beitrag zum Klimaschutz besser als alte, ineffizientere Kraftwerke. Wir sind hier gemeinsam der Auffassung, dass wir die Grundlast in einer Dimension, wie wir sie für unser Land brauchen, zurzeit noch nicht ausschließlich mit regenerativen Energien sicherstellen können. Wir brauchen eine sichere Energieversorgung, zu der auch Kraftwerkstechnik gehört.

Wenn man die rechtlichen Voraussetzungen schaffen will, die zum Zeitpunkt der Antragstellung gegolten haben, um im Prinzip noch einmal eine rechtliche Bewertung vorzunehmen, dann muss ich Ihnen sagen: Es gibt rechtliche Grundlagen, die vom Antragsteller nicht erfüllbar sind, zum Beispiel überwiegend heimische Energieträger, heimische Steinkohle zu nutzen. Seit 2001 importieren wir nämlich mehr Steinkohle nach Deutschland, als wir selbst fördern. Warum will man darauf bestehen, dass hier eine Anforderung aufgestellt wird, die nicht einzuhalten ist? Eine Anforderung, die nicht einzuhalten ist, kann von einem Betroffenen nicht eingehalten werden. Sie dennoch einzufordern, ist rechtlich gesehen Unsinn.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Hovenjürgen, der Herr Abgeordnete Sagel würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Würden Sie die zulassen?

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Eigentlich schwer erträglich, aber heute ausnahmsweise.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Herr Abgeordneter Sagel.

**Rüdiger Sagel (LINKE):** Danke, Herr Hovenjürgen, sehr freundlich von Ihnen. Sind Sie mit mir der Auffassung – nachdem wir Sie vorhin schon für Ihre Rede so gelobt haben, dass Sie, was den Atomausstieg angeht, jetzt keine Denkblockaden mehr haben –, dass es sinnvoll wäre, die Denkblockaden auch bei der Kohlestromerzeugung endlich aufzugeben, auf regenerative Energien zu setzen und den schnellstmöglichen Weg zu 100 % erneuerbaren Energien zu beschreiten, als nach wie vor Milliarden für Kohlekraftwerke auszugeben, die weiterhin CO<sub>2</sub> emittieren und das Klima belasten?

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Herr Sagel, es wäre hilfreich, wenn die Denkblockaden bei Ihnen ebenfalls ins Wanken gerieten; denn Sie haben da, glaube ich, eine sehr einseitige und festgelegte Sichtweise, die einen Gesamtblick nicht zulässt. Zu dem Gesamtblick gehört, dass wir Übergänge machbar machen und Energieversorgung sicherstellen müssen. Wir müssen in unserem Land die Energie erzeugen können, die wir benötigen. Es wäre doch



ein Treppenwitz, wenn wir letztendlich unsere Energieversorgung über Atomstrom aus dem europäischen Nachbarbereichen sicherstellen müssten. Das wäre wirklich aberwitzig.

Da wir das nicht wollen und Energie aus Atom schneller beenden wollen, sollten wir auch anderen eine solche Energiegewinnung nicht zumuten. Wir sollten vielmehr den Mut haben, nach Wegen zu suchen, die eine Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen ermöglichen, die am Ende überwiegend oder vielleicht sogar zu 100 % aus regenerativen Energien besteht. Den Zeitraum bis dahin müssen wir aber absichern, damit wir Energiesicherheit und auch Bezahlbarkeit von Energie gewährleisten können. Dazu gehört eine Gesamtkonzeption. Dabei macht Fundamentalismus wenig Sinn.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Insofern wäre auch aus Ihrer Sicht eine Bewegung in Richtung realistischer Einschätzung wesentlich hilfreicher als das, was bis heute vorgetragen worden ist.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Hovenjürgen, ich habe noch eine weitere Meldung für eine Zwischenfrage, dieses Mal von Herrn Abgeordneten Eiskirch.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Auch Herrn Eiskirch gestatte ich heute gerne eine Zwischenfrage.

**Thomas Eiskirch (SPD):** Ich freue mich ja sehr, dass das nicht ganz so schwer erträglich ist, Kollege Hovenjürgen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ich differenziere da sehr deutlich!)

Kollege Hovenjürgen, ist Ihnen bekannt, dass zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen, was man wo bauen darf, wie es mit den heimischen Energieträgern aussieht und dass man das nicht auf den alten Rechtsstand zurücksetzen könne, Rot und Grün gemeinsam im dafür zuständigen Regionalverband Ruhr einen Weg beschritten haben, an dessen Ende die Möglichkeit der Beantragung von Zielabweichungsverfahren zur Neuregelung genau dieser Punkte steht? Ist es bei einer so komplexen Materie nicht vielleicht etwas unredlich, bei den Zuhörerinnen und Zuhörern den Eindruck zu erwecken, Rot und Grün würden sozusagen aktiv Grundlagen entziehen, um das, was Sie an Chaos angerichtet haben, wieder halbwegs in Bahnen zu bringen?

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Das von Ihnen mitangerichtete Chaos, Herr Eiskirch, hat im Übrigen dazu geführt, dass sie im Regionalverband Ruhr diesen Antrag stellen. Das verschweige ich an dieser Stelle in keiner Weise. Aber dann müssen Sie sich

auch Folgendes fragen lassen: Dass Sie wissen, dass das Ziel, das Sie ins Gesetz schreiben wollen, nicht zu erreichen ist, und dass Sie dann sofort die Ausnahme von diesem Gesetz beantragen wollen, ist ein Beleg dafür, wie widersinnig dieses Verhalten ist. Sie wollen eine Anforderung formulieren, die definitiv durch eine Ausnahmeregelung ausgesetzt werden muss. Sie bräuchten sie also eigentlich gar nicht zu formulieren. Wir halten Ihnen vor, dass das, was nicht erfüllbar ist, auch nicht eingefordert werden kann,

(Beifall von der CDU und von der FDP)

und dass die Änderung der Spielregeln, die erforderlich ist, weil man es trotzdem macht, gar nicht notwendig gewesen wäre. In einem solchen Prozess, der übrigens wieder zu einer Verlängerung des Zeitraums führt, bis wir Klarheit über Datteln haben, kommt es eben zu solchen Ereignissen. Insofern haben Sie nicht zur Klarheit beigetragen, sondern mehr zu einer weiteren Vernebelung des gesamten Sachverhaltes Datteln.

Ich fasse zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Heute Morgen waren beim ersten Tagesordnungspunkt Ansätze zu erkennen, dass man in diesem Land gemeinsam wird handeln können. Dieses Angebot gilt ausdrücklich. Es gilt aber auch da, gemeinsam Augenmaß walten zu lassen. Zu diesem Augenmaß gehört, sich den Realitäten zu stellen. Zu den Realitäten wiederum gehört, dass – so sehr wir uns das wünschen – regenerative Energien die Grundlastfähigkeit noch nicht erreicht haben, die heute konventionelle Kraftwerke bieten.

Wenn wir deshalb konventionelle Kraftwerke noch über einen Zeitraum in Anspruch nehmen müssen, sind mir eben neue, effizientere Kraftwerke lieber als alte Kraftwerke. Wir haben insofern natürlich auch Klarheit dahin gehend zu schaffen, lieber Minister Rimmel, dass letztendlich ein Betreiber wie E.ON am Standort Datteln weiß: Was ist mit dem Antrag? Was ist mit dem Antrag auf Rücknahme der Stilllegungsankündigung aufgrund des Nicht-ans-Netz-Gehens von Datteln 4? Was wäre, wenn es nicht kommt?

An diesem Standort erfolgt unter anderem eine Bahnstromspeisung. Das dort vorhandene Umspannwerk zwingt uns, den Standort zu nutzen. Gleichzeitig dient Datteln der Nahwärmeversorgung. Sie muss sichergestellt bleiben, damit wir die Bürgerinnen und Bürger verlässlich mit dem, was ihnen vertraglich zugesichert ist, nämlich Nahwärme, versorgen können.

Wir brauchen für die Stadt Datteln Planungssicherheit. Sie muss natürlich auch für ihre Haushaltsplanung wissen, ob dieser Kraftwerkstandort für die Einnahmeseite des städtischen Haushalts erhalten bleibt. – Das sind alles Fragen, die man klären muss.

Frau Brems hatte nicht auf den Hinweis verzichten wollen, dass von der alten Regierung 1.500 m Abstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung gefordert worden seien. Nach dem neuen Windkraftlass ist es möglich, mit den großen Anlagen näher an die Wohnbebauung heranzugehen. Auch da ist man fast schon – um es einmal so zu formulieren – in „Kühlturmnähe“.

Dann lasst uns über Gleichbehandlung reden: Wenn das für den einen gilt, dann muss das auch für den anderen gelten. Wir sollten die Energiearten nicht gegeneinander ausspielen, sondern wir sollten sie so zueinander aufstellen – wie Sie es schon gesagt haben –, dass sie zueinander passen, dass am Ende eines solchen Prozesses die regenerative Versorgung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch Nordrhein-Westfalens gesichert ist und dass wir damit Unabhängigkeit von den heute noch üblichen Brennstoffen erreichen. Wir sollten den Menschen nicht vermitteln, dieser Prozess ließe sich in fünf oder zehn Jahren bewerkstelligen. Das wird ein wenig länger dauern. Und wir sollten diesen Prozess ehrlich und energiesicher so begleiten, dass wir später nicht von Stromlieferungen, zum Beispiel von Atomkraft aus dem europäischen Ausland, abhängig werden.

Das ist meiner Meinung nach der richtige Weg. Deswegen muss Dattel kommen. Wir täten alle gut daran, uns an der Realisierung zu beteiligen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hovenjürgen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Kollege Schmelzer das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Rainer Schmelzer (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein versöhnliches Wort an den Kollegen Brockes mit Bezug auf die Debatte heute Morgen zur Atompolitik: Ich kann es gut nachvollziehen, dass man sich erregt, wenn der Fraktionsvorsitzende angegangen wird, obwohl er, wie Sie dann sagten und wie es jedem von uns schon mal passiert ist, erkrankt sei. Das bitte ich zu entschuldigen.

Nur verwundert mich eins in dem Zusammenhang: Auf der uns allen vorliegenden Liste, die uns darüber informiert, wer wann wo redet, sind zu Tagesordnungspunkt 1 für die FDP-Fraktion Herr Brockes und Herr Abruszat ausgewiesen. Das haben wir alle mit Vergnügen zur Kenntnis nehmen können. Aber zum Tagesordnungspunkt 3, den wir jetzt debattieren, haben Sie Herrn Papke vorgesehen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist gestern Nachmittag an die Landtagsverwaltung gemeldet worden!)

– Das ist die Liste, die verschickt wurde. – Da frage ich mich: War das Absicht, oder war Herr Dr. Papke für die Atomdebatte tatsächlich überhaupt nicht vorgesehen? Das muss man doch hinterfragen.

(Widerspruch von Ralf Witzel [FDP])

– Herr Witzel, bleiben sie doch ganz ruhig, das tut Ihrem Blutdruck sonst gar nicht gut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Herr Kollege Hovenjürgen deutlich macht, dass wir natürlich heute immer wieder das vielgepriesene „Immer wieder grüßt das Murmeltier“ zitieren, und dann auf unsere Probleme verweist, müssen wir doch deutlich zur Kenntnis nehmen, dass die derzeit hier vorherrschenden Probleme in der Tat die Probleme sind, die durch Ihre abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung verursacht sind. Das Urteil stammt vom 03.09.2009 und bezieht sich auf Verfahrensfehler aus der Zeit Ihrer Landesregierung.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie erklären sich doch auch nicht!)

Ich nenne nur die von der Landesregierung bestätigte immissionsschutzrechtliche Unbedenklichkeit in Sachen Abstandsgebot aus 2006. Ich denke nur an die Genehmigung von Frau Thoben aus dem Mai 2006. All dies waren Dinge, die durch das Oberverwaltungsgerichtsurteil in der Tat bemängelt wurden. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen.

Jetzt wird es nicht so einfach sein, wie es immer gerne von Herrn Hovenjürgen, von Herrn Wüst und von anderen gewünscht wird. Es wird nicht nach dem von Herrn Brockes eben genannten Motto, „Wo ein Wille, da ein Weg.“ laufen. – Hier geht es nach Recht und Gesetz, Herr Kollege Brockes. „Wo ein Wille, da ein Weg.“, das haben Sie fünf Jahre versucht. Damit sind Sie im wahrsten Sinne des Wortes auf die Nase gefallen, dafür haben Sie die Quittung in Nordrhein-Westfalen gekriegt, dafür haben Sie die Quittung am Wochenende gekriegt.

Ich gehe einmal davon aus, dass Sie, wenn Sie und Ihr Parteikollege Lindner mit Ihren Äußerungen zur Energiepolitik so weitermachen, demnächst auch Ihre Krawattenfarbe von gelb auf grün umdrehen werden. – So geht es nicht. Hier gilt Recht und Gesetz. Deswegen ist das Verfahren letztendlich so, wie es ist.

Lassen Sie mich einiges zu dem von meinen Vorrednern eben Angesprochenen sagen.

Ja, wir stehen für die Förderung regenerativer Energien. Nordrhein-Westfalen hat allerdings, wie von Minister Rimmel eben zu Recht erwähnt, in den letzten fünf Jahren ganz massiv den Anschluss verloren. –

Den Anschluss verloren nicht nur wegen der Probleme, die Herr Hovenjürgen uns eben versucht hat, darzulegen, sondern weil zum Beispiel der damalige Minister Wittke schon im Jahr 2005 kurz nach Re-

gierungsantritt deutlich verlautbart hat: Windkraft als Erstes plattmachen! – Wer so etwas in einer Landesregierung von sich gibt, der gibt damit auch seine bevorzugten politischen Ziele von sich. Sie müssen heute nicht nach Windenergie an erster Stelle schreien, wenn Sie hier mit dem Ziel des Plattmachens der Windenergie 2005 angetreten sind. Das ist unlauter. Man darf das gerne an der einen oder anderen Stelle noch einmal in Erinnerung rufen, damit die Menschen auch wissen, worum es letztendlich geht.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Es ist ja schon hanebüchen, was hier teilweise angegeben wurde: Herr Kollege Wüst, der gerade den Saal verlassen möchte, ...

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU], der wieder Platz nimmt.)

– Ich bin ja froh, dass ich Sie davon abhalten kann, damit man nicht vor ganz leeren Rängen aller Fraktionen spricht.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wo sind denn Ihre Kollegen?)

– Herr Kollege Brockes, Sie haben immer Schwierigkeiten mit einem Ihrer Organe, und zwar den Ohren. Hören Sie mir zu! Ich habe gesagt: aller Fraktionen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir haben die höchste Anwesenheitsquote!)

Herr Kollege Wüst, ich konzentriere mich wieder auf Sie. Es ist ja schon interessant, wenn Sie darlegen, dass man das Moratorium heranzieht als Möglichkeit, neu nachzudenken. – Das Moratorium hat ja erst einmal mit Datteln relativ wenig bis gar nichts zu tun. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Denn das Moratorium bezieht sich auf die Atomkraftwerke der Bundesrepublik Deutschland, wozu im Übrigen Herr Brockes noch am 21. März gesagt hat – ich zitiere die „WZ“ vom 21. März –, es wäre der falsche Weg, scheinheilig und Wählertäuschung, wenn wir die relativ sicheren Kernkraftwerke in Deutschland abschalteten. – So viel zu Ihrem Umdenkungsprozess innerhalb der FDP.

Aber ist es denn nicht redlich, Herr Kollege Wüst, wenn wir das Moratorium nicht nur dafür nutzen würden, sondern grundsätzlich die Energiepolitik und die Klimaschutzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland hinterfragen?

Wäre es nicht redlicher, wenn Sie als CDU-Abgeordneter, als Sprecher des Wirtschaftsflügels in der CDU im nordrhein-westfälischen Landtag, nicht nur sagten, dass Sie die Denkpause in Sachen Windkraft jetzt aussetzen, sondern sich wieder an der Diskussion beteiligten? Ich weise darauf hin: Sie sind gewählter Abgeordneter dieses Parlaments. Sie haben keine Denkpausen; Sie haben sich als Opposition immer an den politischen Dis-

kussionen zu beteiligen und nicht nur dann, wenn sie wieder bei der Windkraft mitreden wollen, weil die Kanzlerin ein Moratorium zur Kernkraft ausruft.

Das ist unlauter, was Sie hier machen. Das ist auch für die Menschen draußen im Lande enttäuschend, denen Sie vorgaukeln, die Erfinder der neuen Energiepolitik zu sein.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sagel?

**Rainer Schmeltzer (SPD):** Nein.

(Lachen von Rüdiger Sagel [LINKE])

Nichtsdestotrotz, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr Kollege Brockes, das Thema Datteln – das hat auch etwas mit der Anwesenheit hier im Plenarsaal zu tun; da bin ich mir hundertprozentig sicher – diskutieren wir heute zum vierten oder fünften Mal. Gewöhnen Sie sich daran, dass ein Obergerichtsurteil vorliegt und dass im Übrigen die von Herrn Hovenjürgen eben aufzeichneten Wege

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Alles Ablenkungsmanöver hier!)

in Zusammenarbeit mit der Stadt Datteln jetzt gegangen und von der Landesregierung begleitet werden, wie seinerzeit in der Antwort der Frau Ministerpräsidentin auf die Kleine Anfrage beschrieben wurde. Lesen Sie doch einfach Ihre Unterlagen, und schreien Sie immer nicht dazwischen! Da steht alles drin. Wir freuen uns schon auf die Debatte zu Datteln im nächsten und übernächsten Monat. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die FDP-Fraktion spricht Kollege Witzel.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da von meinen Vorrednern das Thema „Präsenz“ angesprochen worden ist: Es ist schon bemerkenswert, wenn man sich anschaut, wie ernst die amtierende Landesregierung dieses Thema nimmt.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Zwei Minister sind anwesend. Die für das Thema „Landesplanung“ zuständige Staatskanzlei ist nicht vertreten. Herr Minister Rimmel, als Sie vorgetragen haben, waren vier Abgeordnete der SPD im Saal.

(Dietmar Brockes [FDP]: Jetzt sind es schon sechs oder sieben!)

Das ist schon bemerkenswert. Sie sollten sich fragen, woran das vielleicht liegt.

Wir erleben seit Monaten auseinanderfallende, artikulierte Interessen innerhalb dieser Regierung – zu lasten des Standorts Ruhr. Dass dann vonseiten der Opposition selbstverständlich nachgefragt wird, was damit gemeint ist, wenn der Umweltminister sagt „Datteln kommt nicht“, und der Wirtschaftsminister sagt „Datteln kommt“,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig, genauso ist es!)

ist wohl mehr als nachvollziehbar. Dieses Parlament hat so oder so ein legitimes Anrecht darauf, diese Frage geklärt zu bekommen.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] – Rüdiger Sagel [LINKE]: Jawohl, richtig!)

Natürlich hat die SPD im Ruhrgebiet ihre Probleme mit dem Zickzackkurs, der hier läuft, weil hochmoderne Industriearbeitsplätze in der profitablen Energiewirtschaft am Produktionsstandort Ruhr benötigt werden, die durch diese Landesregierung aktiv in Gefahr sind. Sozialdemokraten im Ruhrgebiet, wo es um Datteln geht, wissen, dass bei allem, was an Modernisierung sein muss – Kulturhauptstadt Ruhr, Forschung, Technologie, Wissenschaftsstandort, Ausbau von Studienplätzen, Medizincampus – wir sehr wohl auch diese Produktionssäule brauchen. Auch das ist zukünftig ein Standbein des Reviers, Wertschöpfung in der Industrieproduktion zu erzielen. Hierzu wird Energie als Ressource benötigt, und es ist sinnvoll, sie in der Nähe des Standorts herzustellen.

Uns auch in dieser Debatte zum x-ten Mal den rot-grünen Koalitionsvertrag vorzulesen, dass eine Landesregierung keine Kraftwerke baut,

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

ist intellektuell unter dem Niveau auch dieser Regierung. Dass eine Regierung natürlich kein Bauträger ist, nicht die Schuppe in die Hand nimmt und die Steine aufeinandersetzt, ist völlig klar.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das steht Ihnen übrigens ganz gut!)

Aber Sie müssen hinsichtlich der fachlichen Frage der Energieversorgung und der Standortpolitik für das Ruhrgebiet den Menschen in diesem Land ehrlich die Frage beantworten: Ist der politische Wille von Rot-Grün vorhanden, Datteln zu ermöglichen?

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Tut diese Regierung alles dafür, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, den Prozess zu beschleunigen, oder sagt sie umgekehrt: Nein, wir wollen es totprüfen. Das dürfen wir jetzt nicht so sagen, aber wir tun alles, um das Verfahren nach Möglichkeit wie Kaugummi in die Länge zu ziehen in der Hoffnung, dass es am Ende scheitert.

Die dritte Möglichkeit ist: Sie haben dazu gar keine Meinung. Dann können Sie das auch vortragen.

Aber mit Obersätzen, die am Thema vorbeigehen, hier eine rot-grüne Debatte zu führen, die sich im Detail überhaupt nicht auf das Thema „Datteln“ bezieht, sondern in der Sie allgemeine Phrasen der Energiepolitik runterdreschen, ist kein adäquater Umgang mit dieser wichtigen Standortfrage für die Menschen und die Arbeitsplätze im Ruhrgebiet.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Deshalb muss man sich anschauen: Wie glaubwürdig ist grüne Umweltpolitik wirklich? Wenn man sieht, was hier artikuliert wird, sieht man, dass vieles von dem, was Sie hier auf parlamentarischer Ebene wollen, vor Ort bekämpft wird. Noch aus der Zeit der früheren Umweltministerin Höhn stammen die Biogasanlagen. Vor Ort demonstrieren die Grünen dagegen und wollen sie nicht. Der jetzige grüne Umweltminister hat sich gerade noch einmal für mehr Windenergie und höhere Masten ausgesprochen. In meinem Wahlkreis in Essen unterstützt der grüne Bürgermeister die Anwohner und erklärt: „Windenergie ist eine Sache, die man nur Offshore und nicht im windarmen Binnenland macht.“ Damit lässt er sich so auch noch in der Zeitung zitieren. – Diese Frage müssen Sie für sich einmal klären.

Die jetzige schwarz-gelbe Bundesregierung hat ein Milliardeninvestitionsprogramm glaubwürdig aufgelegt – vor Japan und nicht in Reaktion darauf –, um erneuerbare Energien zu stärken, voranzubringen, ihre Effizienz zu verbessern und die Potenziale, die wir natürlich auch in Landesressourcen haben, zu erschließen – nicht im Zentrum, im Binnenland, aber es gibt sehr gute Schwerpunkte, um zu einem kontinuierlichen und belastbaren Ausbau zu kommen. Keine frühere rot-grüne Bundesregierung hat jemals ein solches Finanzpaket geschnürt, um dieses Umsteuern in der Energiepolitik zu ermöglichen.

Wir machen das mit Augenmaß, im Mix, wie es realistisch ist, und mit Blick auf die Menschen in der Region, hier im Ruhrgebiet, und all die Industriearbeitsplätze, die damit zusammenhängen. Ich würde mich sehr freuen, wenn auch SPD und Grüne das gerade im RVR für die Menschen in der Region etwas stärker im Fokus hätten. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Akbayir.

**Hamide Akbayir (LINKE):** Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Mein Fraktionskollege Michael Aggelidis hat schon darauf hingewiesen: Das Oberverwaltungsgericht Münster hat im September 2009 den Bau des Kohlekraftwerks Datteln 4 gestoppt.

Das Gericht hatte gute Gründe dafür – das wissen Sie sehr gut, meine sehr verehrten Damen und Herren –: Die Betreiber hatten gegen eine ganze Reihe von Gesetzen und Bestimmungen verstoßen.

Ich nenne hier nur den Klimaschutz, der für das Gericht den wichtigsten Aspekt darstellte. Beim Neubau von Kraftwerken muss immer erreicht werden, dass weniger CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre gelangt. Da in Datteln nur ein viel kleineres Kraftwerk abgeschaltet werden sollte, wäre aber mit Datteln 4 in der Summe deutlich mehr Kohlendioxid ausgestoßen worden. Das hätte gegen das Landesrecht verstoßen.

Der Großkonzern E.ON hatte geglaubt, als DAX-Konzern und Oligopolist könne er sich über geltendes Recht hinwegsetzen und einen Schwarzbau hochziehen. Nun wird durch die Planungsbehörde mit einem Planabweichungsverfahren versucht, das Gerichtsurteil und nicht genehme Mehrheitsverhältnisse im Landtag zu umgehen nach dem Motto: Was nicht passt, wird passend gemacht. Man kann doch nicht auf der einen Seite auf Rechtsstaatlichkeit pochen und auf der anderen Seite Gerichtsurteile umgehen wollen, meine Damen und Herren. Das geht nicht.

(Beifall von der LINKEN)

Im Antragstext der CDU-Fraktion wird behauptet, die Abschaltung von sieben Atomkraftwerken und die ergebnisoffene Sicherheitsprüfung der übrigen gefährdeten die zur Grundlastsicherung erforderlichen Kraftwerkskapazitäten. Wenn Sie eine solche Behauptung in die Welt setzen, rechnen Sie uns das bitte einmal vor, meine Damen und Herren von der CDU. Deutschland ist ein Energieexportland. Sogar dann, wenn alle AKW sofort abgeschaltet würden, was nur wir Linken fordern, gäbe es auch ohne neue Kohlekraftwerke genug Möglichkeiten, etwaige Engpässe auszugleichen.

(Hubert Kleff [CDU]: Kerzen!)

Geben Sie es doch offen zu, meine Damen und Herren von der Union: Die Lobby der Energiekonzerne sitzt Ihnen im Nacken. Das wiegt für Sie sehr viel schwerer als tausend Argumente.

(Beifall von der LINKEN)

Deshalb, meine Damen und Herren von der CDU, wird Ihr Antrag bei uns keine Unterstützung finden.

Kurz zur SPD-Fraktion: Was die SPD heute zu diesem Thema geäußert hat, dass Sie hier auf die CDU einprügeln, ist reines Ablenkungsmanöver, meine Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Sie sind doch auch für das Kohlekraftwerk. Das entnehme ich Ihren Reden heute. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Akbayir. – Für die Landesregierung spricht in Vertretung von Minister Voigtsberger Herr Minister Schneider.

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Atomkraft ist keine Option für die Energieversorgung. Diese Einsicht ist heute Morgen in der Diskussion über die Ereignisse in Japan eigentlich von allen und nur mit unterschiedlichen Akzenten versehen vertreten worden.

Es stimmt mich deshalb traurig, dass die ablehnende Haltung der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen zur Kernenergie nun in der Diskussion und das Kraftwerk in Datteln wieder mit anderen Akzenten versehen wird.

Eine nachhaltige, versorgungssichere und auch preiswerte Energieversorgung in Deutschland ist eben nicht auf Atomstrom angewiesen. Fast zwangsläufig gerät dabei gerade die Frage der Versorgungssicherheit immer in den Fokus. Das ist auch im vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion der Fall.

Es drängt sich sicher nicht nur bei mir der Verdacht auf, dass die Frage der Versorgungssicherheit lediglich vorgeschoben wird. Hier scheint es an erster Stelle um etwas zu gehen, von dem sich die Antragstellerin ganz offensichtlich Unruhe in der Landesregierung verspricht. Das ist das eigentliche Ziel. Sie wollen einen Keil zwischen die politischen Kräfte treiben, die diese Landesregierung tragen. Ich sage Ihnen: Das wird nicht gelingen.

Ich möchte dennoch nicht unterstellen, dass die formulierte Sorge um die Sicherheit unserer Versorgung bei der CDU-Fraktion nicht vorhanden ist. Sicherlich gibt es den einen oder anderen, der sich tatsächlich Sorgen macht. Ich möchte einen Beitrag dazu leisten, diese Sorge zurückzuweisen und ad absurdum zu führen.

Meine Damen und Herren, wir haben von Anfang an betont, dass wir den Wegbereiter und -begleiter hin zu einer zukünftig ausschließlich regenerativ ausgerichteten Energieversorgung in modernen effizienten fossilen Kraftwerken sehen.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Was?)

– Natürlich.

Das ist die eigentliche Brücke, die uns zu einer Energieversorgung führen soll, die ausschließlich auf regenerativen Energien beruht.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Das dauert noch 40 Jahre!)

Zurückkommend auf die heraufbeschworene Stromlücke möchte ich Folgendes sagen: Sieben Kernkraftwerke sind wegen des Moratoriums nicht mehr am Netz – eigentlich sogar acht, wenn man den

Pannenreaktor Krümmel mitzählen will. Und was ist passiert? – Bisher nichts: Wie Sie sehen, brennt das Licht noch. Es hat nicht einmal geflackert; die Versorgung ist also sichergestellt.

Das hat auch einen Hintergrund. Wenn Sie mich fragen, warum das so ist und ob das auch so bleibt, kann ich Sie ebenfalls beruhigen: Es ist nichts zu befürchten.

Mit den sieben vom Moratorium betroffenen Kernreaktoren stehen uns deutschlandweit jährlich etwa 40 TWh zur Verfügung. Das Industrieland Deutschland, das beim Strom seit 2003 kontinuierlich Exportüberschüsse bis zu 22 TWh jährlich erwirtschaftet, muss sich deswegen auch keine Sorgen machen, nicht einmal in klimatisch eher schlechten Zeiträumen. Und es muss dies umso weniger tun, als es genügend fossile Kapazitäten gibt, die den Wegfall der Kernenergie auffangen können; denn es kann doch gar nicht anders sein, als dass eine neue konventionelle Anlage eine alte ersetzt und dabei im Verhältnis leistungsfähiger, effizienter und damit auch klimafreundlicher arbeitet – dies ist ja der Sinn und der Zweck unseres Kraftwerkserneuerungsprogramms.

Allerdings darf die zweifellos wichtige kontinuierliche Erneuerung des Kraftwerksparks nun wirklich nicht dafür herhalten, dort eine Versorgungslücke heraufzubeschwören, wo nun keine ist.

Sie kennen zwar unsere Haltung zu Datteln 4, aber ich wiederhole sie gerne noch einmal: Das Vorhaben muss unter den Vorgaben des zum Zeitpunkt der Antragstellung geltenden Rechtes beurteilt werden. Die Landesregierung sichert sowohl dem Bau-träger als auch den Anwohnern uneingeschränkt Vertrauensschutz zu. Daher hat sie sich entschlossen, die Rechtsänderungen der alten Regierung zurückzunehmen. Wie Sie wissen, hat die Stadt Datteln bereits im März 2010 beschlossen, einen neuen Bebauungsplan aufzustellen. Zudem wird der Regionalverband Ruhr eine Regionalplanungsänderung prüfen. Datteln ist also kein politisches, sondern ein rechtliches, ein juristisches Problem.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ein Monstrum!)

Und die Landesregierung hat die feste Absicht, hier weiterhin Recht und Gesetz einzuhalten.

Niemand kann derzeit sagen, wie das Verfahren letztlich ausgehen wird. Eines kann ich Ihnen jedoch sicher sagen: Eine Versorgungslücke, die heraufbeschworen wird, ist kein Anlass, von dem eingeschlagenen verantwortungsvollen Weg in Sachen Datteln 4 abzurücken.

Im Übrigen ist es eine Unterstellung, wir würden uns wünschen, die juristische Prüfung solle ein Scheitern von Datteln herbeiführen. Ich kenne sehr viele Kolleginnen und Kollegen, die das Gegenteil wünschen. Es geht aber nicht um Wünsche, sondern

um Recht und Gesetz und deren Einhaltung. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 15/1547** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließenden Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist dafür? – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zu:

#### **4 Landesweite Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserrohren aussetzen – Kommunale Selbstverwaltung stärken**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1548

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1650

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP Herrn Abruszat das Wort, der das Mikrofon schon hochgefahren und jetzt Gelegenheit zum Sprechen hat. Bitte schön, Herr Kollege.

**Kai Abruszat (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Dichtheitsprüfung für private Hauseigentümer hat aus unserer Sicht in der derzeitigen Fassung in Nordrhein-Westfalen keine Akzeptanz und deshalb auch keine Zukunft.

(Beifall von der FDP)

Ich glaube, es ist richtig – wir haben heute schon viel darüber gesprochen –, eigene Positionen mal zu hinterfragen und auch zu schauen, wie die Akzeptanz beim Bürger vor Ort ist. Man sollte, wenn man eigene Positionen überdenkt, auch zu einem Ergebnis kommen. Das ist in diesem Fall so gelagert, dass die Kosten von Dichtheitsprüfungen einerseits nicht im Verhältnis zu ihrem Nutzen andererseits stehen. Ich weiß, dass viele Abgeordnete auch der anderen Fraktionen ähnlich denken, wie wir es formuliert haben.

Deswegen freue ich mich, dass wir heute hier nicht direkt abstimmen, sondern das in den Fachaus-